Rede der SPD-Kreistagsfraktion zum Haushalt 2025 des Landkreises Karlsruhe, 30.01.2025

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind heute zusammengekommen, um den wahrscheinlich **schwierigsten Haushalt in der Geschichte** unseres Landkreises aufzustellen.

Die weltweiten Krisen und globalen Umbrüche wirken sich auf unser Land und letztlich auf unseren Kreis aus.

Die Coronapandemie 2020, der russische Überfall auf die Ukraine 2022, die Umwälzung durch die digitale Revolution, der Aufstieg autokratischer und nationalistischer Kräfte von Peking bis Washington – alles das bedroht unsere Art zu wirtschaften, Handel zu treiben, zu leben.

Alles das hat ganz **konkrete Auswirkungen auf unseren Landkreis Karlsruhe**.

Denn angesichts dieser Krisen und Umbrüche schaffen es Bund und Land längst nicht mehr, den Landkreisen, den Städten und Gemeinden, **eine auskömmliche Finanzierung für ihre Arbeit zu geben**.

25 Prozent der Landesausgaben schultern die Landkreise, aber nur 14 Prozent der Steuereinnahmen bekommen sie dafür.

Gleichzeitig hat der Landkreis Karlsruhe aktuell 16 Millionen Euro an offenen Forderungen gegenüber dem Land Baden-Württemberg - mindestens wohlgemerkt!

Landkreise und Gemeinden sind mehr denn je die „Ausputzer“ und „Ausfallbürgen“ für nicht gelöste Probleme.

Gleichzeitig sind wir die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger, die uns als greifbare Vertreter ihres Frustes sehen.

Die dramatische Lage der Finanzen des Landkreises Karlsruhe zeigt, wie groß die Herausforderungen sind.

Herr Landrat, Sie haben es bei der Einbringung des Haushalts klar formuliert:

„*Zum ersten Mal in meiner Amtszeit muss ich Ihnen einen Haushaltsentwurf vorlegen, von dem ich nicht weiß, ob dieser Haushalt noch die ordnungsgemäße Erfüllung unserer Aufgaben sicherstellt.*“

Dieser Satz ist ein Weckruf – nicht nur für uns hier im Kreistag, sondern für die gesamte politische Landschaft.

Und die Zahlen, die diesem Weckruf zugrunde liegen sind dramatisch.

Wir müssen nahezu unsere gesamte Liquidität einsetzen, um die Verluste aus dem Jahr 2024 und den Verlust im Jahr 2025 auszugleichen.

Gleichzeitig steigt unsere Verschuldung auf einen absoluten Höchststand, auch wegen Investitionsentscheidungen wie dem Neubau des Landratsamtes.

Verheerend dabei ist, dass **wir kaum eigene Möglichkeiten haben, dem Defizit selbst entgegenzuwirken**, weil uns von Bund und Land übertragene Pflichtaufgaben nicht auskömmlich finanziert werden.

Der **Sozialetat** steigt im kommenden Jahr nochmals auf dann über 380 Millionen Euro.

Ja, der Sozialstaat ist eine Errungenschaft in unserem Land.

Ein **starker Sozialstaat** ist die beste **Garantie für gesellschaftlichen Zusammenhalt**, die **beste Versicherung gegen Extremismus**!

Und natürlich können Bund und Land die kommunale Ebene auskömmlich für die Aufgabenerfüllung ausstatten, wenn sie denn wollen.

Dazu gehört aber eine ehrliche Debatte darüber, **wie wir unseren Staat in Zeiten der Krise finanzieren**.

Dazu gehört eine ehrliche Diskussion darüber, **wo Standards abgebaut werden müssen**, wo der Staat nicht ständig mit neuen Leistungsversprechen den Eindruck eines „Rundum-Sorglos-Pakets“ erwecken kann!

Dazu gehört aber auch eine Diskussion darüber, ob vielleicht in Zeiten der Krise **die stärksten Schultern mehr tragen sollten als die arbeitende Mittelschicht in unserem Land**.

Wenn jetzt auf Bundesebene aktuell sogar die **Abschaffung des Solidaritätszuschlags** für die Spitzenverdiener vorgeschlagen wird, dann macht mich das schon stutzig.

Welchen Beitrag soll denn diese Maßnahme, die den Geldbeutel der Reichsten Deutschen füllt und ein Loch von 11 Milliarden Euro im Jahr in die Bundeskasse reißt, welchen Beitrag soll den das für die Finanzierung unseres Gemeinwesens in Zeiten der Krise leisten?

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

einer der Hauptreiber für die Kostensteigerungen im Sozialhaushalt ist die Eingliederungshilfe.

Die Kritik am **Bundesteilhabegesetzes (BTHG)** ist in aller Munde.

Netto 3 Millionen Euro Mehrausgaben bei nur gering gestiegenen Fallzahlen sind in der Tat ein großes Problem für unseren Haushalt.

Zum BTHG grundsätzlich möchte ich Ihnen folgendes sagen:

*„In einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat der Autor das Bundesteilhabegesetz mit der Elbphilharmonie in Hamburg verglichen. Beide Projekte seien wesentlich teurer als zunächst geplant. Ich empfinde dies – anders, als es der Autor gemeint hat – **als Kompliment!“***

Meine Damen und Herren, Ihre Unruhe in allen Ehren, aber das waren nicht meine Worte, sondern die wortwörtliche Stellungnahme des Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Verabschiedung des BTHG am 1. Dezember 2016 im Deutschen Bundestag!

Sie hören richtig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem BTHG nicht nur zugestimmt, sondern auch noch erklärt, man habe überhaupt **kein Problem mit der Erschaffung einer „sozialpolitischen Elbphilharmonie“.**

Ich möchte Ihnen damit nur eines deutlich machen:

Seien wir ehrlich. Wir haben schon immer mit Bund und Land um eine auskömmliche Finanzierung unserer Aufgabenerfüllung ringen müssen und wir werden dies auch in Zukunft tun, ganz gleich wer in Berlin und Stuttgart regiert.

Wir Vertreter der kommunalen Ebene müssen deshalb gemeinsam sagen: **So geht es nicht weiter**.

Nur wenn **quer durch das Parteienspektrum** in Bund und Land Einsicht entsteht, ist Besserung in Sicht.

Denn ohne Weichenstellungen dort ist der Haushalt des Landkreises Karlsruhe nicht zu retten.

Zu wenig in unserem Haushalt kontrollieren wir selbst, um das strukturelle Defizit aufzufangen.

Was man tun kann, haben Sie selbst, Herr Landrat, schon auf vorgeschlagen:

Die globale Minderausgabe von 7 Millionen Euro, die Reduktion von Unterhaltungsmaßnahmen, den Stopp neuer Projekte, die Zurückhaltung beim Personaletat – das alles sind schmerzhafte Schritte, alles das haben Sie auf den Weg gebracht und wir unterstützen Sie dabei.

Gleichzeitig zeigen die Beispiele auch, **wie stark auf Kante genäht der Haushalt 2025 ist.**

Wir sehen deshalb auch keinen Spielraum, um die **Erhöhung der Kreisumlage** auf 32 Punkte zu verhindern.

Und wenn wir als SPD-Fraktion das so sehen, dann heißt das etwas!

Denn in der Vergangenheit, als noch Luft in den Kreishaushalten war, waren wir die einsamen Rufer nach einer niedrigeren Kreisumlage.

Wir wissen sehr genau, dass 32 Punkte in vielen kreisangehörigen Städten und Gemeinden die ohnehin bereits angespannte finanzielle Lage weiter verschärfen wird.

Doch wenn die Kreisverwaltung in 2025 bereits **am Rande der Zahlungsunfähigkeit operiert**, dann ist kein Spielraum für eine niedrigere Umlage und es ist ein Gebot der gemeinsamen Verantwortung, hier im Kreistag dann auch das Notwendige zu tun.

Für die SPD-Fraktion ergibt sich folgende Leitlinie:

1. Wir sorgen mit unserer Unterstützung für die Erhöhung der Kreisumlage auf 32 Punkte für Stabilität.

2. Wir machen gegenüber Bund und Land deutlich, dass die Aufgabenerfüllung der kommunalen Ebene auskömmlich finanziert werden muss.

3. Wir mahnen dies auch gegenüber unserer eigenen Partei an und erwarten von allen anderen Kollegen im Kreistag, dass sie ihren eigenen Vertretern in Bund und Land gegenüber gleich verfahren.

4. Unser wichtigstes Ziel ist es, eine Erhöhung der Kreisumlage in den Folgejahren auf 37 oder gar 38 Punkte zu verhindern und deshalb tragen wir

5. die notwendigen Prüfauftrage und Prozesse mit, um in Vorbereitung auf den Haushalt 2026 Ausgabensenkungen des Kreises vorzubereiten.

Dazu zählt insbesondere der Antrag, den wir gemeinsam mit CDU und Freien Wählern eingebracht haben.

Darin bitten wir Sie, Herr Landrat, zu prüfen, welche finanzielle Entlastung es bringt, wenn wir die Leistungsstandards auf der Schiene verringern.

Wenn uns das Wasser finanziell bis zum Hals steht, dann ist die **Reduzierung des Schienenverkehrs auf das vom Land finanzierte Maß** zwar schmerzhaft, aber eine der wenigen Maßnahmen, die eine spürbare Auswirkung hat und die wir selber einleiten können.

Einen Kahlschlag bei unseren sozialen Freiwilligkeitsleistungen hingegen – das ist zu Recht breiter Konsens hier im Kreistag – will niemand.

Den Antrag der AfD alle sozialen Freiwilligkeitsleistungen zu streichen, lehnen wir ab. Wenn so die neue Zeit aussehen soll, dann muss sich die arbeitende Mittelschicht in Deutschland warm anziehen.

Dieser soziale Kahlschlag würde Strukturen zerstören, teure Folgekosten verursachen und gleichzeitig nicht im Ansatz unser Defizit beheben.

Gleichzeitig unterstreicht es den Ernst der Lage, wenn wir alle Erhöhungsanträge der Freien Träger in diesem Haushalt ablehnen und nur einen Inflationsausgleich gewähren.

Was wir in der aktuellen Situation nicht brauchen, sind Schnellschüsse und Kurzschlussreaktionen.

Deshalb lehnen wir die gestern kurzfristig eingebrachten Anträge der Freien Wähler ab.

Ihre Anträge sind eine Mischung aus Buchungskniffen, Vorschlägen, die einer näheren Prüfung nicht standhalten und Vorschlägen, bei denen Sie die Karten nicht auf den Tisch legen.

Ihr Antrag gipfelt in der Forderung, wir sollten die Kreisumlage in der mittelfristigen Finanzplanung frisieren, weil die Zahlen so dramatisch sind.

Das erinnert an ein Kind, dass sich die Augen zuhält und dann glaubt von anderen nicht mehr gesehen zu werden!

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger müssen sich sicher sein können, dass ihr Kreistag informiert entscheidet, Beschlüsse gründlich vorbereitet und keine Schnellschüsse produziert.

Nicht Hektik ist jetzt gefragt, sondern das langsame Bohren harter Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.

Dazu sind wir bereit.

Die Aufgaben die vor uns liegen sind gewaltig.

Rund 50 Millionen Euro werden wir im Haushalt 2026 einsparen müssen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein kleiner Lichtblick im vorliegenden Haushalt ist es, dass es wenigstens noch gelingt, mit den geplanten Investitionen ein Stück Zukunft für unseren Landkreis zu gestalten.

141,2 Millionen Euro betragen die **Investitionen** im kommenden Jahr.

Vom Neubau von KARLA über die Sanierung der Kreisstraßen bis zur Sanierung von Schulgebäuden.

Auch der 2. Bauabschnitt des Beruflichen Bildungszentrums Ettlingen ist finanziert.

Und dennoch: Wir beginnen derzeit auf Kreisebene keine neuen Projekte.

Wir reden angesichts unserer dramatischen Finanzlage heute ja auch noch darüber, die Projektplanung weiter zu entzerren und Investitionen zu verschieben.

Das kann doch kein Zustand auf Dauer sein!

Und genau deswegen müssen wir eben auch über das Thema Investitionen reden.

Selbstverständlich ist es ein enormes Problem für die kommunale Ebene, wenn Bund und Land ihre Förderprogramme für Investitionen kahlschlagen.

Selbstverständlich schränkt das die Handlungsspielräume vor Ort noch weiter ein.

Mit der Klage der Opposition vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Klima- und Transformationsfonds des Bundes, der ja unter Bundeskanzlerin Dr. Merkel eingerichtet wurde, hat man der kommunalen Ebene einen Bärendienst erwiesen:

Das wichtige Bundesprogramm SJK zur Sanierung kommunaler Einrichtungen wurde über diesen Fonds finanziert.

Nach der Klage wurde es erst drastisch zurückgefahren, dann gestoppt.

Wie viele unserer Gemeinden im Kreis warten dringend auf die Möglichkeit, Sporthallen und Bürgerzentren zu sanieren!

Herr Landrat, in Ihrer Präsentation zur Einbringung des Haushalts zitieren Sie einen Presseartikel, in dem die Förderung des Bundes für die Planung und den Bau effizienter Wärmenetze als zu gering kritisiert wird.

Das Bundesprogramm “effiziente Wärmenetze” wurde ebenfalls aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert und durch die Klage dagegen geschwächt.

Die Klage gegen den Klima- und Transformationsfonds betrifft uns deshalb ganz konkret.

Ähnliches gilt für das Land. Von der einst geplanten Lotterie für die Förderung des Ganztagesausbaus bis zu den Mini-Beträgen der regulären Schulbauförderung.

Wie sehr würden wir uns über mehr Schulbauförderung für unsere Schulen in Trägerschaft des Landkreises freuen!

Die Quintessenz ist:

Man lässt uns im Stich und opfert Förderprogramme auf dem Altar der heiligen Schuldenbremse, die längst zur Zukunftsbremse geworden ist in Deutschland geworden ist.

Deshalb: Wer über zu hohe konsumtive Staatsausgaben spricht, der darf nicht gleichzeitig über fehlende Investitionshilfen und über das Problem der Schuldenbremse schweigen!

Auch diese Debatte darüber gehört zu einer ehrlichen Auseinandersetzung über die Frage, wie wir unseren Staat finanzieren.

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zukunft gestaltet hat unser Landkreis schon lange und viel früher als andere in **unseren Kliniken**.

Als andere noch in Kleinstaaterei verharrten, hat der Kreis Karlsruhe seinerzeit Reformen auf den Weg gebracht und seine Kliniken in Bruchsal und Bretten unter dem Dach der RKH Holding fit gemacht.

Auch in unseren Kliniken steigt der finanzielle Druck in der kommenden Zeit. Umso wichtiger ist es, dass bei der **Umsetzung der Krankenhausreform** das Land Baden-Württemberg unsere gewachsene Struktur respektiert und in die Umsetzung integriert. Es kann nicht sein, dass unser Klinikverbund nun bestraft wird, nur weil wir früher als andere Reformen angegangen sind!

Sehr geehrter Herr Landrat,

lieber Kolleginnen und Kollegen,

die finanzielle Lage unseres Landkreises ist historisch schlecht.

Was wir nicht akzeptieren, ist, dass dafür Sündenböcke gesucht werden, wie zum Beispiel **geflüchtete Menschen**.

Sie selbst, Herr Landrat, haben es bei der Einbringung des Haushaltes gesagt: *„Die Zugangszahlen von Asylbewerbern liegen in 2024 deutlich unter dem Vorjahresniveau.“*

Gleichzeitig haben wir gerade eben die Prognose für die Aufnahme von Geflüchteten in 2025 vom Landratsamt bekommen. Hier einige Highlights. Hambrücken: 2 Menschen. Zaisenhausen: 8 Menschen. Dettenheim: 9 Menschen. Graben-Neudorf: 1 Mensch.

Wenn so der „Zustrom“ aussieht, der am Freitag im Bundestag begrenzt werden soll, dann weiß ich nicht mehr, wie es um die Betrachtung der Wirklichkeit aussieht!

Die SPD-Fraktion ist sich ihrer Verantwortung bewusst und wird pragmatisch mit Ihnen, Herr Landrat, sowie den anderen Fraktionen die Zusammenarbeit suchen.

Denn die Herausforderungen sind gewaltig.

Dazu möchte ich zitieren, was der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst heute Morgen der Deutschen Presse-Agentur gesagt hat:

„Die großen Probleme in dieser Zeit können nur aus der ***demokratischen Mitte*** *heraus gelöst werden.“*

Genau dafür stehen wir zur Verfügung.

Unser Dank gilt den anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit in diesem Kreistag.

Die eingebrachten interfraktionellen Anträge belegen dies.

Wir danken auch Ihnen, Herr Landrat, für die gute Zusammenarbeit mit Ihnen persönlich.

Die Dezernenten, die Amtsleitungen und alle Beschäftigten unserer Kreisverwaltung schließen wir in diesen Dank ein.

Wir wissen um Ihren Einsatz.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf sowie dem Wirtschafts- und Finanzplan des AWB zu.